

Gehaltsfragen der Lehrerschaft.**Forderungen des Wiener Zentralvereins.**

Dieser Tage fand eine Sitzung des Hauptausschusses des Zentralvereins der Wiener Lehrerschaft statt, die von Vertrauenspersonen aus allen Wiener Bezirken besetzt war und sich eingehend mit den letzten Mitteilungen der „Wiener Rathauskorrespondenz“ über das Schicksal des vor anderthalb Jahren beschlossenen Gehaltsgesetzes befaßte. Das Ergebnis der Beratung wurde in einer Entschlieung zusammengefaßt, worin es heißt:

Die Ansätze des neuen Gehaltsgesetzes, die noch immer weit hinter den Gehaltsansätzen aller städtischen Beamten mit gleicher Vorbildung zurückbleiben, waren für normale Zeiten berechnet und wären selbst im Falle der Durchführung von den derzeitigen Lebensmittelpreisen längst überholt. Die ganz unzulänglichen Zuwendungen von monatlich 9 Kronen, die nur eine Anzahl von Lehrpersonen erhält, wären darum selbst dann ungenügende Anshilfen, wenn sie der ganzen Lehrerschaft neben dem neuen Gehaltsgeetze gegeben würden. Nach wie vor muß daher die Lehrerschaft auf der dringend notwendigen Durchführung des Gesetzes bestehen. Die Kosten der Brockommissionen können unmöglich als eine Entschädigung für das Gesetz angesehen werden, da die Beträge weder der gesamten Lehrerschaft zugute kommen, noch mit der beruflichen Lehrtätigkeit in irgendeinem Zusammenhang stehen. Sie sind nichts als ein schlecht bezahlter Nebenverdienst. Bezüglich der Stellenansschreibungen muß festgestellt werden, daß

die Ausschreibungen nicht auf Wunsch der Lehrerschaft unterblieb, sondern entgegen den gesetzlichen Bestimmungen ohne Zutun der Lehrerschaft unterlassen wurde, die lediglich notgedrungen und nur für das erstmal bedingungsweise zustimmte.

Lehrer- und Lehrerinnenversammlung.

Der Landesverband der Lehrer- und Lehrerinnenvereine hielt am 19. d. im Hotel Holzwarth unter dem Vorsitze des Reichsratsabgeordneten Seminarleiters Kemetter eine Versammlung ab, die sich zu einer geschlossenen Kundgebung für die Gesetzgebung des im Jahre 1914 vom niederösterreichischen Landtage einstimmig beschlossenen Lehrergehaltsgesetzes gestaltete. Vom Lande waren ebenfalls zahlreiche Vertreter erschienen, von denen einige in eindringlichen Worten die Not der Landeslehrerschaft schilderten.

Seminarleiter Kemetter besprach die in den letzten Tagen stattgefundenen Vorträge einer Lehrerabordnung beim neuen niederösterreichischen Statthalter. Redner stellte fest, daß sich die im Landesverbande vereinigte Lehrerschaft in ihren Standesinteressenfragen nicht von parteipolitischen Motiven leiten lasse. Die Notlage des Lehrerstandes, besonders des Landes, brauche nicht besonders geschildert zu werden, es müsse nur festgestellt werden, daß die Lehrerschaft nur das verlangt, was ihr nach den Verhältnissen vor dem Kriege durch die einstimmige Votierung des niederösterreichischen Landtages als gebührend zuerkannt wurde und das man ihr jetzt im Kriege vorenthält, obwohl sich die Verhältnisse um hundert Prozent und mehr verschlechtert haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Lehrerschaft hat für ihr patriotisches Verhalten nicht nur jetzt, sondern auch vor dem Kriege mitgewirkt, daß unser Volk ein so erhebendes Pflichtbewußtsein und so viel Opferwilligkeit erfülle, die es den an Zahl und materiellen Mitteln überlegenen Gegnern unmöglich machen, ihren schändlichen Anschlag auf Deutschland und Oesterreich durchzuführen. Die sittliche und intellektuelle Erhabenheit des deutschen Volkes sei nicht zum geringsten Teile ein Verdienst der deutschen Schule — des deutschen Lehrers.

Lehrerin Fräulein Tomiczek gab in einem Referat Schilderungen der Bemühungen der vereinigten Lehrerausschüsse und berichtete die Ergebnisse der Lehrerabordnungen anlässlich der Vorträge beim Unterrichtsminister, bei Landesauschuss Rausch und bei Bürgermeister Dr. Weiskirchner. Ihre Ausführungen über die Schritte der Lehrerausschüsse fanden eine Ergänzung in einem Referat des Lehrers Schellenberger, der insbesondere die am 11. d. bei der Wiener Magistratsdirektion abgehaltene Besprechung der Wiener Lehrerschaft schilderte, deren der Lehrerschaft unzulänglich erscheinendes Ergebnis das gesamte Präsidium des Vereins der Lehrer und Schulfreunde zur Niederlegung seiner Stellen bewogen habe. Nachdem noch die Vertreter der niederösterreichischen Landeslehrerschaft Schagerl (Neunkirchen) und Jantschek (St. Georgen bei St. Pölten) die traurige Lage der Landlehrer geschildert hatten, besprach Seminarleiter Doktor Giese die Forderungen der Lehrerschaft.

Nach einer Erklärung des Bürgerschullehrers Petter vom Zentralverein der Wiener Lehrer, daß der Kampf um das Lehrergehaltsgesetz die einzelnen Lehrervereinigungen unbekümmert um deren parteipolitischen Färbungen zu einem gemeinsamen Auftreten veranlassen müsse, wurde eine Entschlieung angenommen, worin es heißt, der Landesverband kann in der Gewährung von Teuerungszulagen unter keinen Umständen einen Ersatz erblicken für das noch immer nicht der Sanktion zugeführte Besoldungsgesetz der Wiener und niederösterreichischen Lehrerschaft vom Mai und Juni 1914 und er verlange in entschiedenster Weise dessen endliche Inkraftsetzung.